

# **Bericht des Büros des Grossen Rates**

betreffend

Abschluss einer Vereinbarung über die  
Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz

Den Mitgliedern des Grossen Rates  
des Kantons Basel-Stadt zugestellt am 27. Oktober 1978

## 1. *Die parlamentarische Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz*

1.1 Die ersten regelmässigen Kontakte zwischen den Parlamenten der Kantone Bern, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Aargau wurden auf Anregung des Kantons Basel-Stadt zu Beginn der siebziger Jahre aufgenommen. In den Jahren 1970 bis 1973 wurde in der Regel eine Tagung pro Jahr durchgeführt, an der sich Parlamentarier aus den fünf Nordwestschweizer Kantonen über aktuelle regionale oder allgemein interessierende Probleme informieren liessen. Vorbereitet wurden diese Tagungen jeweils von den Präsidenten und Vizepräsidenten der beteiligten Kantonsparlamente.

1.2 Da sich die Parlamente immer wieder durch andere Mitglieder vertreten liessen und somit keine kontinuierliche Zusammenarbeit zustandekommen konnte, wurde 1974 beschlossen, die «Interparlamentarischen Konferenzen» neu zu organisieren. Es wurde ein sogenannter «Arbeitsausschuss» geschaffen, dem je 3 Parlamentarier aus jedem Kanton angehörten. Daneben bestand die sogenannte «Präsidentenkonferenz», zusammengesetzt aus den Präsidenten, den Vizepräsidenten und den am Ende des vergangenen Amtsjahres abgetretenen Präsidenten. Die bisherigen Informationstagungen wurden durch Sitzungen der «Präsidentenkonferenz», Sitzungen des «Arbeitsausschusses» und gemeinsame Sitzungen (Plenarkonferenzen) von Präsidentenkonferenz und Arbeitsausschuss abgelöst. Die «Präsidentenkonferenz» hatte sich in erster Linie mit den Problemen des Parlamentsbetriebes zu befassen, während der «Arbeitsausschuss» spezielle Sachfragen von regionaler Bedeutung zu bearbeiten hatte.

1.3 Ein Rückblick zeigt, dass sich die «Präsidentenkonferenz» in den Jahren 1974 bis 1977 im wesentlichen folgenden Themen zugewandt hat:

- Parlamentsreform
- allgemeiner Erfahrungsaustausch über den Parlamentsbetrieb,
- Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Interparlamentarischer Konferenz und Regionalkonferenz der Regierungen der Nordwestschweiz.

Der «Arbeitsausschuss» seinerseits hat verschiedene Arbeitspapiere geschaffen und zwar zu den Themen

- Verwaltungskontrolle,
- Spitalfragen,
- Hochschulwesen.

Diese Arbeitspapiere sind in den Büros der fünf Kantonsparlamente anfangs 1977 zur Weiterverwendung zugestellt worden. Dazu ist zu bemerken, dass das Arbeitspapier über die Verwaltungskontrolle insbesondere in den Kantonen Solothurn und Aargau im Rahmen der in diesen Kantonen durchgeführten Parlamentsreformen Beachtung und Verwendung gefunden hat.

1.4 Ein Thema, das sowohl die «Präsidentenkonferenz» wie auch den «Arbeitsausschuss» immer wieder stark beschäftigte, waren die Zielsetzung und die Organisation der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Die eingehenden Diskussionen über diese Frage haben schliesslich zu der Neukonzeption der Interparlamentarischen Konferenz geführt, welche der vorliegenden «Vereinbarung über die Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz» zugrundeliegt.

## 2. *Beurteilung der bisherigen Interparlamentarischen Zusammenarbeit*

2.1 Bei einer kritischen Beurteilung der bisherigen Aktivitäten der Interparlamentarischen Konferenz kann ein gravierender Mangel nicht übersehen werden. Es ist den Beteiligten nämlich lange Zeit nicht gelungen, den Sinn und Zweck der Konferenz genau zu definieren. Es ist zwar oft über die Struktur der Konferenz beraten worden, doch ist es nicht sinnvoll, über die Organisation zu debattieren, wenn Ziele und Aufgaben nicht klar sind. Diese fehlende Zielsetzung hat u. a. auch dazu geführt, dass die Interparlamentarische Konferenz erhebliche Mühe bekundete, den eigenen Aufgabenbereich von demjenigen der Regionalkonferenz der Regierungen abzugrenzen. So sind beispielsweise vom «Arbeitsausschuss» in mühsamer Detailarbeit Unterlagen zu Sachfragen erarbeitet worden, die in den Verwaltungen schon längst vorhanden waren und nur hätten abgerufen werden müssen!



2.2 Trotz dieser Identifikationsschwierigkeiten, welche die Entwicklung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz sicher verzögert haben, darf die bisherige Tätigkeit der Interparlamentarischen Konferenz, die ohne besondere rechtliche Grundlagen oder verbindliche Richtlinien existiert hat, durchaus positiv beurteilt werden. Die in der Konferenz engagierten Parlamentarier und damit auch die Parlamente, denen sie angehören, haben von den stattgefundenen Diskussionen über Parlamentsprobleme und regionale Sachfragen sowie insbesondere auch vom persönlichen Kontakt mit den Kollegen aus den anderen Kantonen sicher profitiert.

2.3 Vor allem in den letzten beiden Jahren ist innerhalb der Konferenz dann doch eine Klärung inbezug auf das «Wozu» der Interparlamentarischen Konferenz und damit der interparlamentarischen Zusammenarbeit herbeigeführt worden. In Gesprächen mit Vertretern der Regionalkonferenz der Regierungen konnte zudem eine akzeptable Abgrenzung zwischen den Tätigkeitsbereichen von Interparlamentarischer Konferenz und Regionalkonferenz der Regierungen gefunden werden.

### *3. Die künftige Zusammenarbeit der Kantonsparlamente*

3.1 Die Interparlamentarische Konferenz soll in erster Linie dazu beitragen, den Informationsrückstand der Parlamente gegenüber den Kantonsregierungen vor allem in grenzüberschreitenden, regionalen Fragen zu verringern. Die Mitglieder der Kantonsparlamente sollen für anstehende regionale Fragen und Projekte sensibilisiert und vorbereitet werden. Verwirklicht werden soll dieses Ziel, das auch den Bemühungen der Regierungen entgegenkommt, indem die Interparlamentarische Konferenz regionale Probleme, die in der Regionalkonferenz der Regierungen behandelt werden, aufgreift und unter Beizug von Regierungsvertretern oder Experten aus den Verwaltungen bearbeitet und diskutiert. Den Vertretern der einzelnen Kantonsparlamente in der Interparlamentarischen Konferenz kommt dann die Aufgabe zu, die aufgeworfenen Probleme in die eigenen Parlamente hineinzutragen, sei dies nun mit persönlichen Vorstössen

oder im Rahmen von Beratungen im Plenum, in Kommissionen und in Fraktionen.

3.2 Selbstverständlich steht der Konferenz auch die Möglichkeit offen, regionale Probleme und Fragen, die von den Regierungen noch nicht in Angriff genommen worden sind, zur Sprache zu bringen.

3.3 Auch die Probleme des Parlamentsbetriebes sollen im Rahmen der Interparlamentarischen Konferenz diskutiert werden.

#### 4. *Die Neuorganisation der Interparlamentarischen Konferenz*

4.1 Nachdem man sich über den Sinn und Zweck der Zusammenarbeit im Rahmen der Interparlamentarischen Konferenz Klarheit verschafft hat, ist es möglich geworden, eine adäquate Organisationsform für die Konferenz zu finden. Die Interparlamentarische Konferenz soll also in erster Linie die Zusammenarbeit und die gegenseitige Information der Nordwestschweizer Kantonsparlamente fördern (§ 1). Sie besteht aus rund 30 Parlamentariern aus den fünf Kantonen. Neben den Präsidenten, den Vizepräsidenten und den auf Ende des vergangenen Amtsjahres abgetretenen Präsidenten gehören ihr je 3 Parlamentarier aus jedem Kanton an (§ 2). Diese bilden den Arbeitsausschuss, welcher die Sitzungen der Interparlamentarischen Konferenz vorbereitet. Während die Präsidenten und Vizepräsidenten (und die alt Präsidenten) der Konferenz von Amtes wegen angehören, sind die übrigen Mitglieder von den Kantonsparlamenten oder deren Büros zu wählen, wobei die Amtsperioden den jeweiligen Legislaturperioden der einzelnen Parlamente entsprechen (§ 3). Der Vorsitz der Konferenz wechselt alle zwei Jahre in einem vorgegebenen Turnus. Der vorsitzende Kanton hat die Sitzungen der Interparlamentarischen Konferenz unter administrativer Mithilfe des Sekretariates zu organisieren und den Konferenzpräsidenten, der gleichzeitig auch dem Arbeitsausschuss vorsteht, auf die Dauer von zwei Jahren zu stellen (§ 4). In der Regel soll pro Jahr eine Sitzung der Interparlamentarischen Konferenz stattfinden, doch können bei Bedarf zusätzliche Sitzungen und/oder andere Veranstaltungen einberufen werden (§ 5). Das Sekretariat der Interparlamentari-

schen Konferenz wird von der Landeskanzlei Baselland geführt, die auch das Sekretariat der Regionalkonferenz der Regierungen betreut. Dadurch soll vor allem der reibungslose Informationsaustausch zwischen den beiden Konferenzen gesichert werden (§6). Zur Deckung der Sekretariatskosten für die beiden Konferenzen haben die Konferenzkantone dem Kanton Basel-Landschaft jährliche Pauschalbeiträge zu entrichten, die jeweils von der Regionalkonferenz der Regierungen festzusetzen sind. Die Beiträge pro Kanton dürften für beide Konferenzen zusammen pro Jahr ungefähr Fr. 2000.— ausmachen.

4.2 Gegenüber der bisherigen Organisation bietet die neue Konzeption der Interparlamentarischen Konferenz, die sich im übrigen weitgehend an die bewährte Organisation der Regionalkonferenz der Regierungen anlehnt, verschiedene entscheidende Vorteile:

- Der Verzicht auf die separate «Präsidentenkonferenz» und die geänderte Funktion des Arbeitsausschusses erlauben eine wesentliche Straffung und Konzentration der interparlamentarischen Zusammenarbeit.
- Bisher war der Ratspräsident des vorsitzenden Kantons gleichzeitig Präsident der Interparlamentarischen Konferenz. Diese Regelung brachte es mit sich, dass das Konferenzpräsidium nach drei bis vier Monaten, spätestens aber nach einem Jahr wechselte. Mit der Wahl des Präsidenten auf die Dauer von zwei Jahren wird eine grössere Kontinuität in der Führung der Konferenz erreicht. Als Präsident für die Jahre 1978/79 ist an der Sitzung der Interparlamentarischen Konferenz vom 17. März 1978 Grossrat Peter Bircher, Aargau, gewählt worden.
- Ebenfalls im Interesse einer verbesserten Kontinuität der interparlamentarischen Zusammenarbeit und auch im Interesse der verbesserten Kooperation zwischen Regionalkonferenz und Interparlamentarischer Konferenz soll das Sekretariat der Interparlamentarischen Konferenz von der Landeskanzlei Baselland geführt werden, die bereits das Sekretariat der Regionalkonferenz betreut.

Bis jetzt ist das Sekretariat der Interparlamentarischen Konferenz jeweils vom vorsitzenden Kanton übernommen worden, was mit erheblichen Schwierigkeiten und Friktionen verbunden war.

4.3 Die vorliegende Vereinbarung soll den Zweck und die Grundstruktur der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz im Sinne von einfachen, flexiblen und praktikablen Richtlinien festhalten. Durch den Abschluss der Vereinbarung sollen die fünf Kantonsparlamente ihren Willen zur regionalen Zusammenarbeit auf Parlamentsebene dokumentieren.

### 5. *Antrag*

Das Büro des Grossen Rates beantragt Ihnen, der Vereinbarung über die Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz zuzustimmen.

Basel, den 12. Oktober 1978

NAMENS DES BÜROS DES  
GROSSEN RATES

Der Präsident: *Dr. F. Burri*

Der 1. Sekretär: *F. Heini*

### *Beilage:*

Entwurf der Vereinbarung  
über die Interparlamentarische  
Konferenz der Nordwestschweiz



# VEREINBARUNG

über die Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz

Der Grosse Rat des Kantons Bern, der Kantonsrat des Kantons Solothurn, der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, der Landrat des Kantons Basel-Landschaft und der Grosse Rat des Kantons Aargau vereinbaren:

## *Zweck:* §1

Die Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz (IPK) bezweckt, die gegenseitige Information der nordwestschweizerischen Kantonsparlamente zu fördern, um insbesondere die parlamentarische Beratung von regionalen Fragen und Projekten rechtzeitig vorzubereiten.

## *Zusammensetzung* §2

Die IPK setzt sich aus den Präsidenten, den Vizepräsidenten, den auf Ende des vergangenen Amtsjahres abgetretenen Präsidenten sowie 3 ständigen Mitgliedern der 5 Kantonsparlamente zusammen.

## *Arbeitsausschuss* §3

- <sup>1</sup> Die ständigen Mitglieder der IPK bilden den Arbeitsausschuss.
- <sup>2</sup> Sie werden von den einzelnen Kantonsparlamenten oder deren Büros gewählt.

## *Vorsitz* §4

- <sup>1</sup> Der Vorsitz der IPK wechselt alle 2 Jahre per 1. Januar in folgendem Turnus: Solothurn, Basel-Landschaft, Aargau, Basel-Stadt, Bern.
- <sup>2</sup> Der Vorsitzende der IPK ist gleichzeitig Präsident des Arbeitsausschusses. Er wird von der IPK gewählt.



## *Sitzungen*

## §5

In der Regel findet jährlich, jeweils am 4. Freitag im Oktober, eine Sitzung der IPK statt.

## *Sekretariat*

## §6

<sup>1</sup> Die Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft, die auch das Sekretariat der Regionalkonferenz der Regierungen der Nordwestschweiz (Regionalkonferenz) betreut, führt das Sekretariat der IPK.

<sup>2</sup> Das Sekretariat hat zudem für einen reibungslosen Informationsaustausch zwischen der Regionalkonferenz und der IPK zu sorgen.

## *Kosten*

## §7

<sup>1</sup> Zur Deckung der Sekretariatskosten für die IPK und die Regionalkonferenz entrichten die Konferenzkantone jährliche Pauschalbeiträge an den Kanton Basel-Landschaft.

<sup>2</sup> Die Regionalkonferenz legt die Beträge, die für jeden Kanton gleich hoch sind, jährlich fest.

## *Inkrafttreten*

## §8

Diese Vereinbarung tritt mit der Unterzeichnung durch alle beteiligten Kantonsparlamente in Kraft.

Bern, den

IM NAMEN DES GROSSEN RATES  
DES KANTONS BERN

der Präsident:

der Staatsschreiber:

Solothurn, den

IM NAMEN DES KANTONS RATES  
DES KANTONS SOLOTHURN  
der Präsident:                      der Staatsschreiber:

Basel, den

IM NAMEN DES GROSSEN RATES  
DES KANTONS BASEL-STADT  
der Präsident:                      der 1. Sekretär:

Liestal, den

IM NAMEN DES LANDRATES  
DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT  
der Präsident:                      der Landschreiber:

Aarau, den

IM NAMEN DES GROSSEN RATES  
DES KANTONS AARGAU  
der Präsident:                      der Staatsschreiber: